

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

# Die Gewinner sind Kinder und Kommunen

## SPD wurde in Hartz-IV-Verhandlungen zur Vernunft gebracht

Es waren harte Gespräche. Aber am Ende haben wir uns bei den Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform weitgehend durchsetzen können. Insbesondere konnte die Union erreichen, dass der Regelsatz dieses Jahr nicht noch weiter erhöht wird. Alles andere wäre ein falsches Signal gewesen. Denn einen Grundsatz dürfen wir nie außer Acht lassen: Arbeit muss sich lohnen. Die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen dürfen nicht besser stehen als die, die sich täglich bemühen, ihre Familien durch Arbeit zu ernähren.

Die Gewinner dieser Reform sind Kinder und Kommunen. Mit dem Bildungspaket vergrößern wir die Chancen, dass mehr Kinder aus Hartz-IV-Familien durch eigene Kraft einen Aufstieg schaffen können. Wir wollen die Kinder in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu fordert uns nicht zuletzt auch unser christliches Menschenbild auf. Ferner verschaffen wir mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung den Kommunen neue finanzielle Spielräume. Dies stärkt Städte und Gemeinden. Die Union stand immer auf Seiten der Kommunen.

## „Wir mussten ein Zeichen setzen“

Insgesamt ist es gelungen, die SPD, die in den Verhandlungsrunden immer neue Forderungen auf den Tisch gelegt hatte, zur Vernunft zu bringen. Denn so richtig die Mehrausgaben für die Kinder und Kommunen sind, so falsch wäre es gewesen, das Ziel der Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren. Wir dürfen uns nicht auf Kosten zukünftiger Generationen weiter verschulden, sondern müssen konsequent den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt weitergehen. Deshalb war die Bundestagsfraktion gezwungen, in den Verhandlungen zwischendurch ein Stoppzeichen zu setzen. Hartz-IV-Reform und Sanierung der Staatsfinanzen mussten in Einklang gebracht werden.

Durch unseren Druck ist nun ein akzeptables Ergebnis erzielt worden. Ich danke hier besonders meinem ersten Stellvertreter Hans-Peter Friedrich von der CSU für die Zusammenarbeit.

Die Grünen haben sich hingegen auch in diesen Verhandlungen aus der Verantwortung geflüchtet. Dass sie einfach vom Verhandlungstisch aufgestanden sind, zeigt nur eins: ihre politische Unreife.



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Eine Bemerkung noch zur Diskussion über unseren Verteidigungsminister. Karl-Theodor zu Guttenberg verdient unsere Solidarität. Er hat mit der Reform der Streitkräfte eine schwierige Aufgabe übernommen. Den Vorhaltungen im Hinblick auf seine Doktorarbeit ist er mit einem honorigen Schritt begegnet. Die Debatte sollte nun beendet sein.

*Wollen berichten*

Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Die Gewinner sind Kinder und Kommunen  | 1  |
| Libyen: Hoffnung auf Ende der Gaddafi-Herrschaft   | 2  |
| Verteidigungsministerium wird schlanker und effizienter<br>Bürgerschaftliches Engagement stärken           | 3  |
| Hartz-IV-Reform – Höhere Regelsätze und mehr Chancengerechtigkeit  | 4  |
| Libyen steht in Flammen  | 5  |
| Tunesien braucht jeden Bürger zum Aufbau der Demokratie<br>Perspektiven schaffen für Nordafrika und Nahost | 6  |
| Religionsfreiheit muss in ägyptische Verfassung  | 7  |
| Rechtssicherheit in Russland stärken   | 7  |
| Wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen gefordert<br>Petitionen 2.0                                      | 8  |
| Neues Kapitel in den deutsch-französischen Beziehungen   | 9  |
| Sprecht deutsch!   | 10 |
| Letzte Seite   | 11 |

Impressum

Herausgeber  
 Peter Altmaier MdB  
 Stefan Müller MdB  
 CDU/CSU Bundestagsfraktion  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015  
 Telefax (030) 227 56660  
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Libyen: Hoffnung auf ein Ende der Gaddafi-Herrschaft

## Bewährungsprobe für die europäische Außenpolitik



Peter Altmaier  
 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Seit Tagen führen die beispiellosen, mörderischen Angriffe des Gaddafi-Regimes gegen die Bevölkerung Libyens der Weltöffentlichkeit vor Augen, dass sie es mit einem der repressivsten Staaten der Welt zu tun haben: Politische Parteien sind verboten, und wer sein Menschenrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben möchte, muss mit der Todesstrafe rechnen. Dass Staatschef Muammar al Gaddafi nun seinem Volk den Vernichtungskrieg erklärt hat und es sogar mit Kampfflugzeugen bombardieren lässt, bedeutet, dass höchste Gefahr im Verzug ist. Denn allen Absetzbewegungen von einzelnen Botschaftern und einigen Wüstenstämmen zum Trotz gehen die brutalen Massaker des Regimes weiter. Auch Befehlsverweigerungen und Desertionen in der libyschen Armee werden den Krieg des Regimes gegen seine Bürger vorerst nicht beenden, und zwar aus zwei Gründen: Gaddafis Truppen verbindet erstens ein dichtes Gewebe aus Verwandtschaft und Stammesloyalität, und zweitens kauft der Clan des selbst ernannten Revolutionsführers afrikanische Söldner ein, die skrupellos ihrem mörderischen Handwerk nachgehen. Deshalb wird Libyen zur herausragen-

den Bewährungsprobe für die europäische Außenpolitik. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war für ein Mandat keine Mehrheit zu finden, da Russland und China ein Veto eingelegt haben. In China selbst werden gerade „Jasmin-Proteste“ brutal niedergeschlagen. Also hängt alles an der Handlungsfähigkeit und dem Handlungswillen Europas. Europa darf sich jetzt nicht von Appeasement-Politik gegenüber Libyen leiten lassen, wenn es nicht in Kauf nehmen will, dass die ganze Region in Chaos abgleitet. Die EU darf sich diesmal nicht am außenpolitisch kleinsten gemeinsamen Nenner orientieren. Denn nach Tunesien und Ägypten entscheidet sich in Libyen das Schicksal der arabischen Welt.

### Die arabische Jugend für europäische Ideale

Es sind Freiheitsideen, die die muslimisch-arabische Welt erschüttern und verändern. Die junge Generation Arabiens fordert europäische Ideale ein. Die arabische Revolution könnte sogar den organisierten islamistischen Terrorismus beenden. Al Kaida steht seit Wochen schweigend und fassungslos vor den Umwälzungen in den muslimischen Ländern des Maghreb. Europa hat es jetzt mit in der Hand, was nach Gaddafi kommt - eine parlamentarische Demokratie oder ein islamistischer Gottesstaat. Deshalb muss die EU jetzt glaubhaft agieren. Gezielte wirtschaftliche Sanktionen, Einreiseverbote und Kontensperrungen werden zwar das um sich schlagende Regime nicht zum Einlenken bewegen; ein Symbol in die arabische Welt hinein wären sie auf jeden Fall. Wenn es der EU dann noch gelänge, eine Koalition mit der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union einzugehen, könnte diese Koalition, mit einem robusten Mandat der UN ausgestattet, in Libyen auch effektiv zur Wiederherstellung des Friedens eingreifen.

## Verteidigungsministerium - schlanker und effizienter

### Bundestag debattiert Aussetzung der Wehrpflicht

Die Bundeswehrreform nimmt Fahrt auf. Das faktische Ende der Wehrpflicht ist in Sicht – auch wenn sie im Grundgesetz erhalten bleibt. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung über die Aussetzung. Damit soll die Bundeswehr ab Juli eine Freiwilligenarmee mit bis zu 185.000 Soldaten werden.

#### Position des Generalinspektors stärken

Den Umbau und die Verschlinkung des Verteidigungsministeriums befürwortet die Unionsfraktion ausdrücklich. Maßnahmen wie der Verzicht auf ganze Abteilungen, die Neugestaltung des Beschaffungsprozesses oder die Stärkung der Position des Generalinspektors sind wegweisend. Im

Ministerium wird es künftig klare Zuständigkeiten und eindeutige Verantwortlichkeiten geben.

Eine effizient arbeitende Leitungsebene, die sich auf die wichtigen Führungsprozesse konzentriert, ist außerdem die Grundvoraussetzung für eine erfolgversprechende Reform des militärischen Unterbaus. So gewinnt man Glaubwürdigkeit bei Soldaten und zivilen Mitarbeitern.

#### Neue Anreize für Nachwuchsgewinnung

Neben der soliden Finanzierung der Reform stellt sich vor allem die strategische Frage: Wie gewinnt die Bundeswehr den Nachwuchs, den sie benötigt? Die Union hat zu Recht den Anspruch, dass die Armee die

kügsten Köpfe und geschicktesten Hände an sich bindet. Die technischen, körperlichen und psychischen Herausforderungen an die Soldaten steigen. Dafür benötigt die Bundeswehr qualifiziertes Personal. Es wird allerdings immer Tätigkeiten in der Truppe geben, die nicht das Abitur oder die Meisterprüfung verlangen. Um für diese Aufgaben den notwendigen Nachwuchs zu gewinnen, müssen neuartige Anreize gesetzt werden. Seien es Verpflichtungsprämien oder berufliche Qualifizierung - die Bundeswehr muss kreativ sein, wenn sie die jungen Menschen erfolgreich ansprechen will. Die Bundeswehr gehört auch künftig in die Mitte der Gesellschaft.

## Bürgerschaftliches Engagement stärken

### Bundesfreiwilligendienst soll Zivildienst ersetzen

Mit der Wehrpflicht wird zum 1. Juli 2011 auch der Zivildienst ausgesetzt, der zwar in erster Linie Wehrrersatzdienst, aber doch auch ein Dienst an der Gesellschaft war – ein Nebeneffekt, der hoch geschätzt wurde. Vom Zivildienst profitierten auch die jungen Männer, die ihn ableisteten: Er bot ihnen die Chance, in einem ganz anderen Umfeld Erfahrungen zu sammeln und die eigene Persönlichkeit weiter zu formen.

Die Lücke, welche die Aussetzung des Zivildienstes hinterlässt, schließt der Gesetzgeber, indem er die soziale Infrastruktur auf andere Weise stützt und möglichst vielen jungen Menschen weiterhin die Möglichkeit eröffnet, sich sozial zu engagieren. Die nächstliegende Lösung, der massive Ausbau der von den Ländern verwalteten Jugend-

freiwilligendienste durch höhere Bundeszuschüsse, war aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Der Bund hat nur eine eingeschränkte Finanzierungskompetenz für die Jugendfreiwilligendienste.

#### Doppelstrukturen vermeiden

Daher soll es künftig einen zusätzlichen Freiwilligendienst in Bundeszuständigkeit geben. Der Bundestag debattierte darüber am Donnerstag in erster Lesung. Der neue Bundesfreiwilligendienst soll Männern und Frauen aller Generationen offen stehen. Er wird so ausgestaltet werden, dass er keine Konkurrenz für die bewährten Jugendfreiwilligendienste der Länder wird. Es gelten gleiche Rahmenbedingungen für die Zahlung von Taschengeld

und die Gewährung sonstiger Leistungen. Unnötige Doppelstrukturen werden vermieden: Beide Dienste stehen gleichberechtigt nebeneinander und können gemeinsam zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Strukturen beitragen.

# Hartz-IV-Reform – Höhere Regelsätze und mehr Chancengerechtigkeit

## Bundestag und Bundesrat billigen Kompromiss

Bundestag und Bundesrat haben am Freitag den Kompromiss über die Leistungen für Langzeitarbeitslose und ihre Kinder gebilligt, der in neunwöchigen zähen Verhandlungen zwischen Koalition und Opposition, Bund und Ländern ausgehandelt worden war.

Bei der Reform des Arbeitslosengeldes II hatte die christlich-liberale Koalition zum einen dafür Sorge zu tragen, dass die Regelleistung gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts transparent und nachvollziehbar berechnet wird. Zum anderen war es das Ziel von Union und FDP, Hartz IV so auszurichten, dass es für möglichst viele Menschen eine Brücke in die Arbeit und kein Lebenszustand ist, in dem man sich einrichten kann. Ein zentraler Bestandteil der Neuregelung ist das noch einmal aufgestockte Bildungspaket, das allen bedürftigen Kindern Teilhabe und vor allem endlich mehr Chancen bringt, selbst aus dem Kreislauf vererbter Armut herauszukommen. Beide Ziele wurden mit den vereinbarten Lösungen erreicht. Zudem wurden die Kommunen enorm entlastet.

Beim Bildungspaket geht die Trägerschaft komplett auf die Kommunen über. Der Bund stellt über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft den Kommunen 2011, 2012 und 2013 jeweils 400 Millionen Euro für das Mittagessen von Kindern in Hortbetreuung und für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Das Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden Euro (ab 2014: 1,2 Milliarden Euro) pro Jahr wird über die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Kommunen erstattet. Die Erstattung der Leistungsausgaben für das Bildungspaket wird auf Basis der Ist-Kosten jährlich fortlaufend angepasst. In einem Drei-Stufen-Modell werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf

Dauer durch den Bund übernommen. Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,2 Milliarden Euro.

### Mindestlohn für weitere Branchen

Der Regelsatz steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und am 1. Januar 2012 als einmaliger Inflationsausgleich - vor dem Hintergrund der Veränderung der Anpassungszeiträume (1. Januar statt bisher 1. Juli) - um weitere drei Euro. Unabhängig davon wird der Regelsatz zum 1. Januar 2012 an die Lohn- und Preisentwicklung von Juli 2010 bis Juni 2011 angepasst. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Übungsleiter

werden auf den Regelsatz bis zu einer Obergrenze von 175 Euro monatlich nicht angerechnet. Kosten für die Warmwasseraufbereitung werden im Rahmen der Kosten der Unterkunft oder als Mehrbedarf neben dem Regelsatz vom Bund übernommen.

Darüber hinaus wird bei der Zeitarbeit eine absolute Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für Entleihzeiten und verleihfreie Zeiten eingezogen. Außerdem wird ein branchenspezifischer Mindestlohn im Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie in der Aus- und Weiterbildung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz eingeführt. Damit werden demnächst insgesamt rund 3,6 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland vom tariflichen Mindestlohn erfasst sein.

### Missbrauch bei der Zeitarbeit verhindern

Die Zeitarbeit ist von erheblicher Bedeutung für die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Jede dritte bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitsstelle kommt aus der Zeitarbeit. Zwei Drittel der neu abgeschlossenen Zeitarbeitsverhältnisse im ersten Halbjahr 2010 wurden mit Personen geschlossen, die direkt davor keine Beschäftigung ausgeübt hatten. Zeitarbeit bietet somit Arbeitslosen eine Chance auf eine sozial abgesicherte Beschäftigung. Der überwiegende Teil der ehemaligen Leiharbeitskräfte befindet sich mittelfristig weiterhin in Beschäftigung.

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) schafft für die Zeitarbeit die Rahmenbedingungen. Es dient dem Schutz der Leiharbeiter, die ihre Arbeit an wechselnden Orten, in unterschiedlichen Betrieben leisten. Dies erfordert Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Es gilt, die Zeitarbeit als flexibles Instrument zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs zu erhalten. Allerdings haben Fälle des Missbrauchs dem Ansehen des Instruments geschadet.

Vor diesem Hintergrund hat die unionsgeführte Bundesregierung auf Wunsch der Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung vorgelegt, den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet. Künftig soll ausgeschlossen werden, dass Arbeitnehmer entlassen und innerhalb der nächsten sechs Monate in ihrem ehemaligen Unternehmen oder einem anderen Unternehmen desselben Konzerns als Leiharbeiter zu schlechteren Arbeitsbedingungen wieder eingesetzt werden.



# Libyen steht in Flammen

## Aktuelle Stunde im Bundestag zur Situation in dem nordafrikanischen Land

„Libyen steht in Flammen, und das libysche Regime trägt hierfür die volle Verantwortung“, sagte Andreas Schockenhoff in der Aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag. Der Diktator begehe systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und habe zur Ermordung der Demonstranten aufgerufen, warf Schockenhoff dem libyschen Staatschef Muammar al Gaddafi vor. „Dieses Vorgehen ist vollkommen inakzeptabel“, beteuerte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Die Lage in dem nordafrikanischen Land ist momentan sehr unübersichtlich – nicht zuletzt weil es wenige unabhängige Beobachter dort gibt: Das Regime des selbsternannten Revolutionsführers Gaddafi bricht zusammen, mehrere Minister und Botschafter versagten ihm bereits die Gefolgschaft. Die Europäische Union will ihre rund 5.000 Bürger, die sich noch in Libyen befinden, so schnell wie möglich dort herausholen. Die libysche Führung habe den Tod von mehreren hundert Menschen zu verantworten. „Es klebt Blut an ihren Händen“, beklagte der Außenpolitiker.

### Einreise von Söldnern verhindern

Schockenhoff forderte in der Debatte ein einheitliches Auftreten der EU und Sanktionen gegen die libysche Regierung. Es sei völlig inakzeptabel, dass vor allem ein Mitgliedsland aus falsch verstandener Partnerschaft mit Libyen die EU „am dringend erforderlichen Handeln“ hindere, sagte er mit Blick auf die Haltung Italiens. Er forderte ein Mandat der Vereinten Nationen, um Flüge zu verhindern, die Söldner in das Land bringen sollen. Unübersichtlich ist auch die Situation der Flüchtlinge: Der Rote Halbmond, das Pendant des Roten Kreuzes in islamisch geprägten Ländern, spricht von 5.700 Flüchtlingen, die in Tunesien untergekommen seien.

### Lebensperspektiven in den Heimatländern schaffen

Die Europäer sollten keine Flüchtlingsströme herbeireden, sondern die Ursachen der Migration in Afrika bekämpfen, forderte Schockenhoff. Vordringliche Aufgabe sei es, Lebensperspektiven in den Heimatländern zu bieten, sagte der außenpolitische Sprecher der Fraktion: „Es wird uns in der Europäischen Union nicht gut gehen, wenn es unseren Nachbarländern auf Dauer schlecht geht.“

Der für die Region zuständige Entwicklungspolitiker Johannes Selle be-

klagte, Gaddafi kämpfe bis zum letzten Blutstropfen um seine Herrschaft. Selbstkritisch merkte er an: „Es fühlt sich nachträglich nicht gut an, für die Stabilität manchen europäischen Wert vernachlässigt zu haben.“ Nun seien klare Worte der internationalen Gemeinschaft erforderlich. Der Vorsitzende des Afrika-Arbeitskreises der CDU/CSU, Hartwig Fischer, bedauerte, dass es im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten für die Menschen in Libyen zur Zeit keine Perspektive gebe. Brutale Unterdrückung, Mord und Folterung seien seit 40 Jahren an der Tagesordnung.



Quelle: Wikipedia

## Tunesien braucht jeden Bürger zum Aufbau der Demokratie

### Kein Asyl für Wirtschaftsflüchtlinge

Die Protestbewegung im arabischen Raum hat im Dezember vergangenen Jahres in Tunesien ihren Ausgangspunkt genommen und mittlerweile weite Teile der Region erfasst, zuletzt auch Libyen. Neben der Chance zu mehr Demokratie bergen die politischen Umwälzungen auch große gesellschaftliche Herausforderungen. Der Umbruch wirft ein Schlaglicht auf die Lebensumstände vieler Menschen im nördlichen Afrika und auf der Arabischen Halbinsel. Tunesien hat - wie auch andere Staaten der Region - eine sehr junge Bevölkerung, die unter hoher Arbeitslosigkeit und einem geringen Pro-Kopf-Einkommen leidet.

Die Flüchtlingsströme, die Europa in den vergangenen Wochen erreicht haben - alleine auf der zu Italien gehörenden Mittelmeerinsel Lampedusa

landeten innerhalb weniger Tage Tausende Menschen -, fordern die Staaten der Europäischen Union in humanitärer und politischer Hinsicht. Deutschland und Europa sind in der Verantwortung, den Demokratisierungsprozess vor Ort zu unterstützen und gleichzeitig das bestehende Asylrecht konsequent anzuwenden.

#### EU-Grenzschutzagentur Frontex im Einsatz

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte: „Asyl soll politisch Verfolgten helfen. Das tunesische Volk hat aber seine Unterdrückung gerade beendet. Neue Flüchtlingswellen würden das Land, das eine Demokratie aufbaut, destabilisieren.“ Zur Bewältigung des Flücht-

lingsstroms aus Nordafrika hat die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit ihrem Einsatz in Italien begonnen. Im Rahmen der Operation „Hermes“ sollen EU-Experten Italien dabei helfen, Flüchtlinge zu identifizieren und ihre Rückführung einzuleiten. Deutschland hat hierfür unter anderem zwei Hubschrauber angeboten.

In Tunesien gibt es jetzt die Chance eines demokratischen Neubeginns: Im Frühsommer 2011 finden voraussichtlich zunächst Präsidentschaftswahlen statt; Parlamentswahlen sollen folgen. Mit der Rückkehr der politischen Stabilität kann auch der wirtschaftliche Aufschwung greifen, vor allem gestützt durch Industrieexporte und Tourismus.

## Perspektiven schaffen für Nordafrika und Nahost

### Mit Entwicklungszusammenarbeit die Demokratisierung stützen

Die Ereignisse in Tunesien, Ägypten, Libyen sowie anderen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens erinnern uns an 1989, als die Menschen Mittel- und Osteuropas auf die Straße gingen und erfolgreich für Freiheit, Demokratie und bessere Lebensbedingungen demonstrierten. Jedes Land im Nahen Osten und in Nordafrika hat seine eigene Geschichte; der Entwicklungsstand der Länder unterscheidet sich erheblich. Daher wird es auch nicht den einen goldenen Reformweg geben. Deutlich wird aber, dass die Ursache für das Aufbegehren der Bevölkerung nicht nur die jahrzehntelange Missachtung von Freiheitsrechten, sondern im Kern ein ungelöstes Entwicklungsproblem ist. Die internationale Entwicklungspolitik steht in der Pflicht, zügig Angebote zur Unterstützung der Reformprozesse zu unterbreiten.

Für die im Schnitt sehr junge Bevölkerung müssen qualitativ und quantitativ gute Bildungsangebote - von der Grundbildung bis zur beruflichen Bildung - zur Verfügung gestellt werden. Die Gesundheitsversorgung muss verbessert werden. Die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und eine geregelte Abwasserentsorgung müssen gewährleistet werden. Vorrangig sollte aber die Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

#### Privatwirtschaft vor Ort stärken

Dies kann nur durch Stärkung der lokalen Privatwirtschaft gelingen, am besten mit Unterstützung von Privatunternehmen aus Geberländern wie Deutschland. Ein Solarenergieprojekt wie Desertec sei hier beispielhaft genannt. Bei der Auswahl der Länder für entsprechende Maßnahmen sollte

die Wirksamkeit der Reformen mehr im Vordergrund stehen als die Frage, ob das jeweilige Land aktuell schon deutsches Partnerland ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzte sich daher bei der Überarbeitung der Liste der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dafür ein, dass neue Reformländer angemessene Berücksichtigung finden. Entscheidend ist allerdings auch, dass die Geber ihre Kräfte bündeln und arbeitsteilig vorgehen.

Dass die Jugend in den Ländern eine Zukunftsperspektive erhält, sollte uns den angemessenen Einsatz von Ressourcen wert sein. Eine stabilere und friedlichere Region in unserer Nachbarschaft ist sicherheitspolitisch wie auch wirtschaftspolitisch im Interesse Deutschlands und der EU.

## Religionsfreiheit muss in die ägyptische Verfassung

### Gespräch des Fraktionsvorsitzenden mit koptischem Bischof

Der Anschlag auf die koptischen Christen am Neujahrstag in Alexandria war ein Alarmzeichen. Nach der zwischenzeitlichen Revolution steht Ägypten nun vor einem politischen Neuanfang. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erkundigte sich in dieser Woche beim Generalbischof der Koptischen Kirche in Deutschland, Bischof Damian, nach der momentanen Lage der Christen. Dessen Fazit: Die Umwälzungen eröffnen den Christen Chancen auf mehr Gleichberechtigung.

Kauder, der nach dem Anschlag in Alexandria im Januar Ägypten besucht hatte, kündigte an, selbst aktiv zu werden. „Die Religionsfreiheit sollte zentraler Bestandteil einer neuen Verfassung in Ägypten werden“, forderte er. „Ich werde mich deshalb an die Übergangsregierung in Ägypten wenden und sie bitten, dass in den Beratungen über eine neue Verfassung die Rechte der Christen als gleichbe-



Volker Kauder und Bischof Damian

rechtigte Bürgerinnen und Bürger in die Verfassung aufgenommen werden.“

Bischof Damian berichtete, dass die Revolution stark von jungen Kopten getragen worden sei. Ausgangspunkt

für den Aufstand des Volkes sei der Protest junger Kopten gegen Diskriminierungen gewesen. Diesem hätten sich immer mehr junge Muslime angeschlossen. Schließlich sei daraus eine Massenbewegung geworden, die das alte System am Ende gestürzt habe. Nach Ansicht Damians sind Sorgen, wonach radikale Muslime künftig in Ägypten das Sagen haben könnten, übertrieben. Der Großteil der Bevölkerung stehe den Muslimbrüdern kritisch gegenüber.

Kauder trat in diesem Zusammenhang dafür ein, über die Parteistiftungen für die Gründung von Parteien zu werben, in denen Muslime und Kopten gleichberechtigt zusammenarbeiten. „Wir tun dies mit höchstem Respekt vor dem Freiheitswillen der ägyptischen Bevölkerung.“ Damian dankte der Unionsfraktion für ihre Solidarität und Unterstützung, die „Salbe auf brennende Wunden“ sei.

## Rechtssicherheit in Russland stärken

### Mutter und Sohn von Michail Chodorkowski danken Fraktion für ihren Einsatz

Für die Unionsfraktion ist die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Russland ein zentrales Anliegen. Das unterstrich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff bei seinem Gespräch mit der Mutter und dem Sohn von Michail Chodorkowski, dem „prominentesten Häftling Russlands“ und früheren Eigentümer des Yukos-Ölkonzerns, in dieser Woche in Berlin. Beide dankten Schockenhoff für die politische Beobachtung und Unterstützung während des zweiten Prozesses in Moskau, in dem Ende Dezember ein erneuter Schuldspruch gegen Chodorkowski und seinen Geschäftspartner Platon Lebedew gefallen ist. Beide wurden zu Haftstrafen von 14 Jahren verurteilt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch das weitere Verfahren ge-

gen Michail Chodorkowski genau beobachten. Der Ablauf des zweiten Prozesses und das Zustandekommen des Urteils haben deutlich gemacht, dass politische Motive dahinter stecken. Dies war ein Rückschlag für die Bemühungen um mehr Rechtssicherheit in Russland, der die Modernisierungsbemühungen des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew untergräbt.

Die Unionsfraktion wird Russland bei der Stärkung der Rechtssicherheit im Rahmen der ‚Modernisierungspartnerschaft‘ unterstützen, die Deutschland und die EU Moskau angeboten haben. Gleichzeitig wird die Fraktion auch weiterhin - in angemessenem Ton - rechtsstaatliche Defizite offen ansprechen. Das ist Teil ihrer wertegeleiteten Außenpolitik.



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff bei seinem Gespräch mit der Mutter und dem Sohn von Michail Chodorkowski

# Wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen gefordert

## 100 Jahre Weltfrauentag – Koalitionsantrag verabschiedet

Seit 100 Jahren wird der Weltfrauentag am 8. März begangen. Aus diesem Anlass hat der Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Koalitionsfraktionen verabschiedet, in dem vor allem Fortschritte bei der wirtschaftlichen Gleichstellung von Männern und Frauen gefordert werden. Union und FDP streben unter anderem die Überwindung des Lohngefälles und die Entwicklung eines Stufenplans zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten an.

### Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Der 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages findet 2011 im Eu-

ropäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit unter dem Motto „Freiwillig. Etwas bewegen“ statt. Das zivilgesellschaftliche Engagement von Frauen in Frauenvereinen und -verbänden, Gewerkschaften und Parteien soll weiter unterstützt werden, insbesondere das nationale Aktionsbündnis für den „Equal Pay Day“. So sollen die bestehenden Unterschiede in der Bezahlung zwischen Männern und Frauen beseitigt werden.

### Mehr Frauen in Führungspositionen bringen

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in al-

len gesellschaftlichen Bereichen und in allen Phasen des Lebens zu fördern. Benachteiligungen von Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und der Arbeitswelt soll sie aktiv entgegenwirken. An wichtigen Weichen im Leben - zum Beispiel beim Eintritt oder dem Wiedereinstieg ins Berufsleben - soll sie Frauen unterstützen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine deutliche Erhöhung der Anzahl von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst einzusetzen. Mit einem Stufenplan soll der Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vergrößert werden.

## Fraktion in Aktion

# Petitionen 2.0

## Einzel- und Massenpetitionen besitzen den gleichen Stellenwert

Die Anliegen der Menschen sind bei CDU und CSU in guten Händen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nutzen in ihrer täglichen Arbeit alle Möglichkeiten, den Petenten zu helfen. Auch in Gesprächen oder bei Ortsterminen setzen sie sich engagiert für deren Anliegen ein.

Im Zuge dieses Engagements hatte die Arbeitsgruppe die Sprecher der CDU- und CSU-Arbeitskreise für Petitionen in den Landtagen zu einem Meinungsaustausch nach Berlin eingeladen. Hintergrund ist, dass das Petitionswesen auf Bundesebene 2008 den Gegebenheiten des Online-Zeitalters angepasst wurde. Dem Bürger stehen nunmehr elektronische Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung: die Einreichung einer Petition via E-Mail, die Diskussion von Petitionen im Internetportal des Deutschen

Bundestages sowie die Unterstützung öffentlicher Petitionen durch Mitzeichnung. Bei einem Quorum von 50.000 Mitzeichnungen binnen sechs Wochen ist vorgesehen, die Petition in einer öffentlichen Ausschusssitzung unter Teilnahme des Petenten zu behandeln. Vergleichbare Verfahren werden in einigen Bundesländern bereits praktiziert oder stehen zur Diskussion.

### Keine Petitionen erster und zweiter Klasse

Die Konferenzmitglieder aus zwölf Bundesländern und ihre Kollegen aus dem Bundestag kamen in Berlin zu dem Ergebnis, dass die Neuerungen des Petitionswesens Chancen und Risiken zugleich bedeuten. CDU und CSU befürworten die technische Weiterentwicklung. Denn nur so öffnet

sich das Petitionswesen auch der „Generation 2.0“.

Nach Auffassung der Fraktion darf dies jedoch nicht dazu führen, dass es Petitionen erster und zweiter Klasse gibt. Es wird darauf zu achten sein, dass Missbräuche der neuen Verfahren verhindert werden. Es ist nicht Sinn und Zweck öffentlicher Petitionen, dass von Gruppierungen organisierte Mitzeichnungen durch ihre öffentliche Behandlung eine weitere „Bühne“ erhalten.

Der Vorsitzende der AG Petitionen, Günter Baumann, erklärte: „Für die Unionsfraktion besitzen Einzelpetitionen den gleichen Stellenwert wie öffentliche Massenpetitionen.“ Ureigste Aufgabe des Petitionswesens bleibe es auch im Zeitalter der Petition 2.0, sich um jedes Bürgeranliegen gleichermaßen zu kümmern.



# Neues Kapitel in den deutsch-französischen Beziehungen

## Geschäftsführender Vorstand traf UMP in Paris

Die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich sind so eng wie zu keinem anderen Land in Europa. Und doch hat der Geschäftsführende Fraktionsvorstand auf seiner Paris-Reise vom 14. bis 15. Februar ein neues Kapitel in dem Verhältnis zu unserem Nachbarn aufgeschlagen. Zum ersten Mal trafen sich die Spitzen der Fraktionen von CDU/CSU und der regierenden UMP zu Konsultationen. Das Ziel: Beide Fraktionen wollen sich in Zukunft enger abstimmen, um im geeinten Europa das Gewicht der nationalen Parlamente zu vergrößern.

Nach Abschluss der Konsultationen zog der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder ein positives Fazit: „Unsere französischen Freunde mit ihrem Vorsitzenden Christian Jacob an der Spitze haben uns in Paris auf das Herzlichste empfangen. Mit unserem Treffen haben die Fraktionen den deutsch-französischen Beziehungen einen neuen Impuls gegeben. Der Vertrag von Lissabon gibt den nation-

alen Parlamenten wesentlich mehr Rechte als in der Vergangenheit. Diese Rechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen.

Natürlich werden die Regierungen auch in Zukunft in Europa den Ton angeben. Die Entwicklung Europas sollte aber nicht nur Sache der Regierungen und der europäischen Institutionen sein. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen, dass deutlich stärker als bisher auch der Bundestag und die übrigen Nationalparlamente Akzente in der Europapolitik setzen. Dies werden sie umso besser tun, je mehr sie mit einer Stimme sprechen.“

Die französischen Gastgeber hatten sich alle Mühe gegeben, den Besuch der deutschen Delegation zu einem besonderen Ereignis werden zu lassen. An den gemeinsamen Sitzungen nahmen zeitweise auch Mitglieder der französischen Regierung wie Ministerpräsident François Fillon teil.

Zum Auftakt des Aufenthalts hatte der französische Staatspräsident Nicolas



Dr. Hans-Peter Friedrich, Christian Jacob, Volker Kauder



Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, mit dem französischen Premierminister François Fillon und dem deutschen Botschafter Reinhard Schäfers

### Gemeinsame Positionen

In den gemeinsamen Sitzungen haben die Fraktionen von CDU/CSU und UMP in vier Bereichen gemeinsame Positionen formuliert. So wurden zur Frage nach den Grenzen für das Internet und zur Gleichstellung von Männern und Frauen abgestimmte Papiere verabschiedet. Im Bereich Internet ging es um die Bekämpfung von Kinderpornographie sowie den Schutz persönlicher Informationen. Bei der Gleichstellung von Männern und Frauen wurden Möglichkeiten für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Erhöhung der Aufstiegschancen von Frauen und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erörtert. Darüber hinaus ist über die Zukunft der Pflege gesprochen worden. Gemeinsame Erklärungen wurden auch zur Annäherung des Westbalkans an die EU und zur Verteidigung der Religionsfreiheit erarbeitet.

Sarkozy den Vorstand auch im Elysée-Palast empfangen. In einer Ansprache würdigte Sarkozy die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für die Weiterentwicklung Europas. Dabei brachte er auch seine besondere Wertschätzung für Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Ausdruck.



Volker Kauder mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy



Nicolas Sarkozy und die Delegation des Geschäftsführenden Vorstandes

# Sprecht deutsch!

## Unionskongress „Sprache ist Heimat“ – Diskussion über Schutz und Pflege der deutschen Sprache



Die Podiumsteilnehmer des Unionskongresses

Die deutsche Sprache verliert als Wissenschaftssprache und als Arbeitssprache in der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig verwenden immer mehr Menschen Anglizismen. Der Unionskongress „Sprache ist Heimat“ nahm am internationalen Tag der Muttersprache die Situation der deutschen Sprache unter die Lupe. Gemeinsam mit der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, dem Literaturkritiker Hellmuth Karasek und der Initiatorin des Festspiels der deutschen Sprache, Edda Moser, debattierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber, welche Konsequenzen sich daraus für die Politik ergeben. Denn 78 Prozent aller Bundesbürger wünschen sich, dass die Politik mehr tut für die Sprache.

### Moser: „Sprache ist meine Heimat“

Die deutsche Sprache ist ein prägendes Element der deutschen Identität, wie Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Unionsfraktion, Wolfgang Börnsen, erklärten. Deshalb müsse sie geschützt und gepflegt werden. Edda Moser teilte diese Auffassung und verglich die Sprache mit einem langjährigen

Freund und Ehepartner, der an einer Krankheit – Verkümmern – leide, die durch Sprachpflege geheilt werden müsse. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder appellierte besonders an die Politik, auf Anglizismen zu verzichten und bewusst deutsch zu sprechen. Gemeinsam mit Bundestagspräsident Lammert, der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Frauen und Familie, Dorothee Bär, Staatsministerin Maria Böhmer sowie der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Monika Grütters, sprach er sich deshalb grundsätzlich für eine Aufnahme von Deutsch ins Grundgesetz aus. Allerdings warnte er davor, dass eine Grundgesetzänderung zugunsten der deutschen Sprache Einfallstor für alle möglichen Änderungen und Ergänzungen sein könnte. Dies zöge die Gefahr nach sich, dass das Grundgesetz, das sich auf die wesentlichen Verfassungsgrundsätze beschränken soll, verwässert werde. Hellmuth Karasek zeigte sich nicht ganz so skeptisch, was den Zustand der deutschen Sprache und die Einflüsse des Englischen angeht. „Sprache ist ein wunderbarer Magen. Er verdaut alles und spuckt es wieder aus“, sagte er und verwies auf positive Einflüsse von Fremdsprachen auf die Muttersprache.

### Müller: „Sprache schützen heißt Menschen schützen, die die Sprache sprechen“

Herta Müller wiederum verurteilte die Sprachpolitik von Diktaturen. Für Nordkoreaner und Iraner könne Sprache kein Zuhause sein, da sie sie nicht benutzen dürften, wie sie es wollten. „Sprache schützen heißt Menschen schützen, die die Sprache sprechen“, lautete ihr Fazit. Die Sicherung der Presse- und Meinungsfreiheit sei der beste Schutz der Sprache, ergänzte Börnsen.



Herta Müller, Hellmuth Karasek und Edda Moser

Das Thema deutsche Sprache ist ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Schon vor zwei Jahren veranstaltete sie ein Forum zur deutschen Sprache. Parlamentarische Initiativen werden folgen.

Das Video der Veranstaltung finden Sie unter: [www.veranstaltungen.cducsu.de](http://www.veranstaltungen.cducsu.de).

## 2010 weniger Todesopfer im Straßenverkehr denn je

Wiesbaden – Auf deutschen Straßen starben im vergangenen Jahr 3.657 Menschen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) unter Berufung auf vorläufige Zahlen mitteilte, waren dies 495 Getötete oder zwölf Prozent weniger als im Jahr 2009. Damit hat sich 2010 der positive Trend der letzten Jahre sogar noch verstärkt: Die Zahl der Getöteten erreichte den niedrigsten Stand seit 60 Jahren. Auch bei der Zahl der Verletzten im Straßenverkehr gab es gegenüber 2009 einen Rückgang, und zwar um 6,5 Prozent auf rund 371.700 Menschen. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung darf nicht vergessen werden, dass immer noch durchschnittlich zehn Menschen täglich im Straßenverkehr sterben und mehr als 1.000 verletzt werden.

Die Gesamtzahl der von der Polizei aufgenommenen Unfälle ist im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent auf rund 2,4 Millionen gestiegen. Die Zunahme ist ausschließlich auf Unfälle mit Sachschaden zurückzuführen – sie haben sich um 5,5 Prozent auf 2,1 Millionen erhöht. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist dagegen um 7,1 Prozent auf rund 288.800 zurückgegangen.

Zur Erhöhung der Zahl der Unfälle maßgeblich beigetragen haben die winterlichen Witterungsverhältnisse der Monate Januar, Februar und Dezember. Auf schnee- und eisglatten Straßen kommt es vermehrt zu Unfällen, es bleibt jedoch häufiger bei Sachschaden, da nicht so schnell gefahren wird. Dementsprechend wurden die prozentual stärksten Rückgänge bei den Getöteten in diesen drei Monaten registriert.



Zeichnung: Tomicek

### Die Fraktion und ihre Mitglieder

**Franz-Josef Holzenkamp** ist neuer Sprecher für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Fraktion wählte den 51-jährigen Landwirt aus dem Landkreis Cloppenburg am Dienstag mit 97 Prozent der Stimmen. Holzenkamp, der seit 2005 im Bundestag sitzt, folgt auf Peter Bleser, der bereits am 17. Februar 2011 zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ernannt wurde. Holzenkamp war bisher Obmann der Fraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zur neuen Sprecherin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde **Sibylle Pfeiffer** mit 94 Pro-

zent der Fraktionsstimmen gewählt. Die 49-Jährige aus dem Lahn-Dill-Kreis folgt zum 1. März Holger Haibach, der Ende Februar sein Bundestagsmandat niederlegen wird. Pfeiffer ist Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens und sitzt seit 2002 im Bundestag. Dort war sie bisher stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

**Holger Haibach** wird nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag ab Mitte des Jahres Landesdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia. Der 39-Jährige aus dem Hochtaunuskreis saß seit 2002 im Bundestag. Haibach war seit 2009 entwicklungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion.

### Termin

21. März 2011

Fachgespräch: Fachkräftewanderung

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ [ikauder.cducusu.de](http://ikauder.cducusu.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)  
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)



## „Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

# BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

\_\_\_\_\_  
Vorname, Name

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Email-Adresse

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift